

Die Krise im Beamtenstand.

Beachtenswerte Ausführungen über die Lage, in die die Beamenschaft durch den Krieg geraten ist, bringt Viktor Schidl in der „Beamten-Zeitung“. Wir geben ihnen auszugsweise Raum, weil es für die Arbeiterklasse von Wichtigkeit ist, zu wissen, was in einer sozialen Nachbarschaft geistig vorgeht.

Schon vor Ausbruch des Krieges türmten sich Schwierigkeiten gegen die Bestrebungen, die täglich merklidere Bedrängnis der Beamenschaft zu mildern. Durch die wirtschaftlichen Rückwirkungen des Kriegszustandes verschärfte sich diese Krise, ein Beweis, daß alle bisher getroffenen beamtenpolitischen Maßnahmen bei aller Würdigung ihrer guten Absichten den Beamten eine wirkliche Festigung der wirtschaftlichen Existenz nicht gebracht haben.

Das kann nicht überraschen. Während der ersten Phasen einer planvolleren Beamtenpolitik glaubte man durch günstigere Ausgestaltung der Stellensystemisierungen und der Vorrückung einzelner Beamtengruppen sowie durch allgemeine Bezugsregelungen dem gesamten Stande helfen zu können. Die Personalstände wurden verbessert, die Bezüge erhöht und — das Elend blieb. Da fand man, daß die Schuld an dieser Erscheinung im Besoldungssystem liege. Das Besoldungssystem wurde nach hartem Kampfe durch Einführung der Zeitvorrückung verbessert. Die wirtschaftliche Bedrängnis im Haushalt blieb.

Und so müssen die Staatsbeamten mit schmerzlicher Enttäuschung bekennen, daß alle bisher in Anwendung gebrachten Mittel die schwere Krise nicht zu beseitigen vermochten. Sie hängt nämlich so stark mit der gesamten Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zusammen, daß sie nur im engsten Zusammenhang mit einer durchgreifenden Aenderung derselben behoben werden kann.

Für diese Auffassung spricht die Geschichte. Wenn in der Theresianischen Besoldungsordnung für einen Hofsekretär der Gehalt in einem Ausmaß festgesetzt wurde, daß dieser in der Lage sei, sich ein Reitpferd halten zu können, so wird der Versuch wenig aussichtsvoll erscheinen, im Wege einer Bezugsregelung dieser Forderung heute gerecht zu werden. Ferdinand Ciz hat in den „Preussischen Jahrbüchern“ eine Untersuchung veröffentlicht, wodurch an der Hand von Zahlen der Nachweis erbracht wurde, um wieviel das Einkommen der preussischen Beamten gegenüber der allgemeinen Wohlstandsentwicklung zurückblieb. Das Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß im Jahre 1906 das damalige Einkommen der Beamten um ungefähr 150 Prozent für die höheren, 100 Prozent für die mittleren und 50 Prozent für die Unterbeamten — wozu in Deutschland die Dienerkategorien gerechnet werden — hätte erhöht werden müssen, wenn die Beamten in die ihnen geschichtlich aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts zustehenden Schichten wieder hätten eingewiesen werden sollen. Demgegenüber erfolgten die Aufbesserungen von 1908/09 in der Höhe von 15 Prozent für die höheren, 17½ Prozent für die mittleren und 20 Prozent für die Unterbeamten.

Was hat den wirtschaftlichen Niedergang und die sich daraus ergebende soziale Deklaffierung des Beamtenstandes herbeigeführt?

Der gewaltige Aufschwung des Handels und der Industrie, der seinen Grund in der technischen Vervollkommnung der Verkehrsmittel sowie in der Entwicklung der Weltwirtschaft aus der heimischen Volkswirtschaft fand, brachte einen vollständigen Umsturz wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Werte. Der Kaufmann, der Industrielle eroberten nicht nur materielle, sondern auch ideelle Güter. Das Volksvermögen stieg. Fast gleichzeitig mit dem Aufstieg der Industrie und des Handels entstand eine Bewegung der Landwirte, auch für ihre Erzeugnisse die Grundsätze der Preisbildung der industriellen und gewerblichen Produktion zur Geltung zu bringen. Die Lebensmittelpreise stiegen immer höher. Vom Staate gefördert, entwickelte sich das Erwerbsleben zur höchsten Blüte, der Beamtenstand sank wirtschaftlich immer tiefer.

Mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der erwerbenden Klassen wuchsen auch die Bedürfnisse, an sich gewiß ein erfreuliches Zeichen fortschreitender Kultur. Dem „Erwerb“ standen sie offen, dem „Beruf“ blieben sie versagt. Wenn diese Steigerung der Bedürfnisse selbst in der Führung des Haushalts des Bauern und Arbeiters offenkundig wurde, konnte man es dem Beamten verargen, daß auch er nicht mehr die Grundsätze asketischer Lebensführung aufrecht erhalten konnte? War es gerecht, wünschenswert, auch nur möglich, den Beamten von dieser Entwicklung abzuschließen? Das Mißgeschick der Beamten wollte es, daß, während die Teuerung und Steigerung der kulturellen Bedürfnisse mit dem natürlichen wirtschaftlichen Aufstieg der Erwerbstätigen Hand in Hand ging, für diese erst ein künstlicher Ausgleich in Form von Bezugsregelungen herbeigeführt werden mußte.

Eine allgemeine Aufbesserung der Beamtenbezüge hatte zudem den Nachteil, daß sie selbst auf die Kaufkraft des Geldes ungünstig einwirkte. Die Bedeckung für Regulierungen wurde fast immer durch Erhöhung direkter oder indirekter Steuern gesucht. Im Wege der bekannten Ueberwälzung wurde schließlich der Beamte von diesen Steuern doppelt und dreifach getroffen, wie an der Hand der preussischen Steuerlisten nachgewiesen ist. Von 1909 auf 1910 machte sich die Erhöhung der Einkommen durch die Besoldungsaufbesserung 1909 deutlich bemerkbar. „Dann aber kommt die Einkommensteigerung nicht etwa zum Stillstand, sondern setzt sich durch die nächsten Jahre sehr lebhaft fort. Die Steigerung der Kaufkraft durch die Besoldungsaufbesserung, welche sich in der Erhöhung der Einkommen ausdrückt, beschränkt sich also nicht auf die Beamten, sondern überträgt sich nach und nach auf andere Berufsstände. Wird aber in einem Wirtschaftskörper die Kaufkraft der großen Masse gesteigert, so ist dies gleichbedeutend mit entsprechender Verminderung der Kaufkraft des Geldes; für die Beamten ist das Ergebnis, daß sie aus den durch die Besoldungsaufbesserung erreichten Schichten allmählich wieder absinken und daß sich so das alte Mißverhältnis zwischen berechtigten Ansprüchen auf angemessene Lebenshaltung und Unzulänglichkeit der Mittel wieder herstellt.“

Und nun wird man zugeben, daß das Uebel, an dem der Beamtenstand krankt, nicht mehr durch hohe Gehaltsregelungen behoben werden kann. Die starke Steigerung des Einkommens anderer Volksschichten hat die Aufbesserung ihrer Gehalte stark überflügelt, so nicht selten das Einkommen der gewerblichen gelernten Arbeiter. Noch überraschender sind die Gegensätze zwischen den Einkommen der führenden Schichten unseres Wirtschaftslebens und unserer höchsten Staatsbeamten. 1855 hatte ein preussischer Staatsminister nur 537 Steuerzahler im ganzen Staate mit einem größeren Einkommen über sich, 1913 waren es 21.497. Die preussischen Regierungspräsidenten wurden 1855 nur von 4700 Steuerzahlern überflügelt, 1913 dagegen von 63.000 mit einem höheren Einkommen als 11.000 und 13.000 Mark.

Damit im Zusammenhang steht auch die Flucht aus dem Staatsdienst, die sich in Oesterreich gerade bei der hohen Bürokratie zeigt. Es hatte einige Zeit fast den Anschein, als ob das Erlangen einer Stelle als Bankdirektor den normalen Abschluß einer erfolgreichen Laufbahn im Staatsdienst bedeute.

Alle diese Erfahrungen mußten bei den Beamten die Erkenntnis zur Reife bringen, daß die Krise im